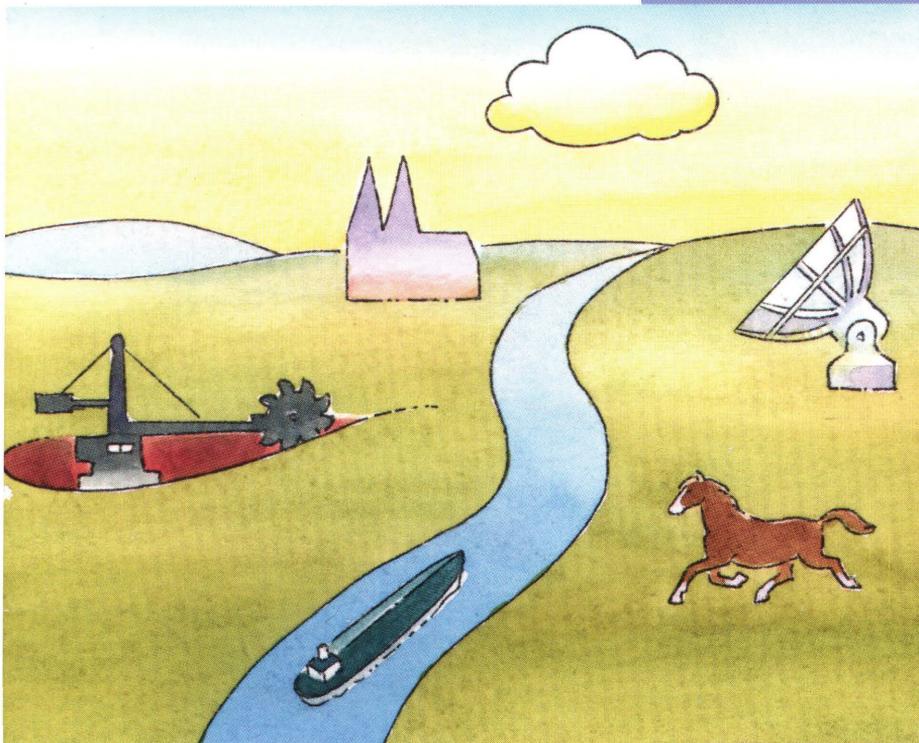


Nordrhein-Westfalen
in der Europäischen Union



Europäische Kommission

Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland

Zitelmannstraße 22, 53113 Bonn

Vertretung in Berlin,
Kurfürstendamm 102, 10711 Berlin

Vertretung in München,
Erhardtstraße 27, 80331 München

Redaktionsschluß: März 1994

Zeichnungen: Anne Huwison, Lionel Koechlin, Wilhelm Valder

Herausgeber: Amt für amtliche Veröffentlichungen der
Europäischen Gemeinschaft, Luxemburg 1994

© EGKS-EG-EAG, Brüssel • Luxemburg 1994

Nachdruck – ausgenommen zu kommerziellen Zwecken –
mit Quellenangabe gestattet

Nordrhein-Westfalen

in der Europäischen Union

„Die ökonomischen Erfolge, die wir in den vergangenen Jahren erreicht haben, wären ohne ein Konzept dezentraler Mitverantwortung und ohne die gute Nachbarschaft nicht möglich gewesen. Wir haben sie vor allem mit den Benelux-Ländern - unseren wichtigsten Wirtschaftspartnern -, aber auch mit den übrigen deutschen Ländern praktiziert, denn ohne Kooperation ist die Weiterentwicklung auch starker Regionen nicht denkbar.

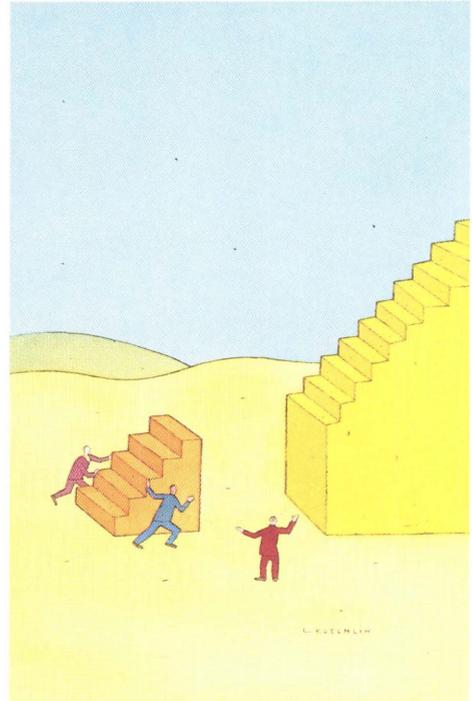
Darum treten wir für einen kooperativen Föderalismus ein, der nichts zu tun hat mit Egoismus und Separatismus. Wir wollen anderen unser Modell nicht aufdrängen, sondern wir erhoffen uns durch Erfahrungsaustausch über die Effizienz und Entwicklungsfähigkeit der verschiedenen nationalen und regionalen Verfassungen einen Diskussionsprozeß, der der historischen Aufgabe der Europäischen Integration angemessen ist.“

*Johannes Rau
Ministerpräsident des Landes
Nordrhein-Westfalen*



NORDRHEIN- WESTFALEN IN EUROPA

Die exportorientierte
Wirtschaft des Landes
braucht offene Märkte



Jeder zwanzigste Bürger der Europäischen Union lebt in Nordrhein-Westfalen. Das Land ist größer als der EU-Mitgliedstaat Belgien. Seine Bevölkerungsdichte wird in gesamten EU nur von der britischen Region „South-East“ übertroffen, zu der auch London gehört. Nordrhein-Westfalen ist eine der wirtschaftsstarken Regionen der Union: Wie im spanischen Katalonien und in der italienischen Lombardei arbeiten 40 Prozent der Erwerbstätigen in der Industrie. 1,5 Prozent der Bevölkerung der Union erarbeiteten im Jahre 1991 hier 6,3 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung der EU. Kulturell gehört das Land nicht nur zur europäischen Spitze: Die UNESCO zählt es zu den fünf bedeutendsten Regionen weltweit.

Nordrhein-Westfalen ist ein wichtiger Handelspartner der anderen Regionen der Union: Über 50 Prozent des gesamten NRW-Exports gehen in andere EU-Länder.



Die Europäische Union bringt Arbeitsplätze

Doch diese Broschüre soll nicht in erster Linie auf die Frage antworten: „Wieviel ECU hat die EU Nordrhein-Westfalen gebracht?“ Sie ist vielmehr ein Katalog der Möglichkeiten, der vielfältigen Kooperationsformen. Sie zeigt, daß Europa den einzelnen Bürger in seiner Region „betrifft“ und stellt klar, daß auch das eigene Land Brüsseler Entscheidungen nicht hilflos ausgeliefert ist, sondern sich aktiv am europäischen Diskussions- und Entscheidungsprozeß beteiligt. Dem Bürger selbst bleibt damit der Weg nach Brüssel erspart: Ein Netzwerk der Information, das EU, Bund und Land gemeinsam aufgebaut haben, kann bei Fragen zum Thema Europäische Union so gut wie immer weiterhelfen.

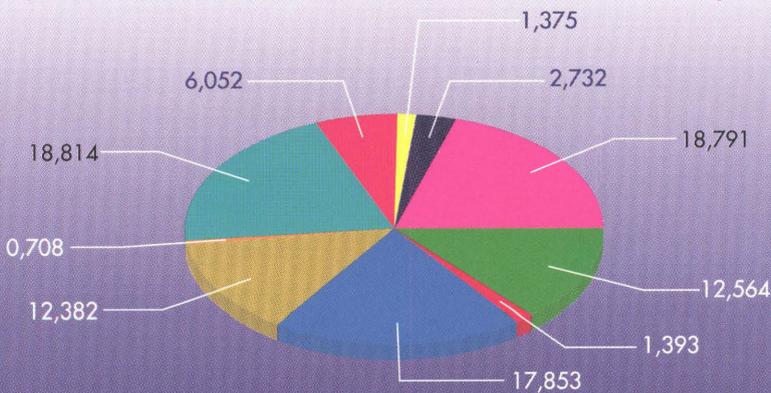
Region ist nicht gleich Region - weder geographisch noch politisch. Ein Blick auf die Landkarte genügt, um festzustellen: Europa ist ein Kontinent der Vielfalt. Bedürfnisse und Interessen der einzelnen Regionen sind nicht immer leicht unter einen Hut zu bekommen.

Regionale Vielfalt bleibt erhalten

Schon der Begriff „Region“ wird von EU-Staat zu EU-Staat ganz anders verstanden: Einige Regionen haben eine eigene Sprache, viele sind historisch gewachsen. Andere Regionen sind im Grunde künstlich geschaffene Wirtschafts- und Verwaltungseinheiten. Oft haben Landschaft und Klima natürliche Grenzen gezogen. In Deutschland sind die Bundesländer in ihrer heutigen Gestalt erst nach

Der Export Nordrhein-Westfalens in die EU

— 90,7 Milliarden DM: Das sind 58,4 Prozent des Gesamtexports —

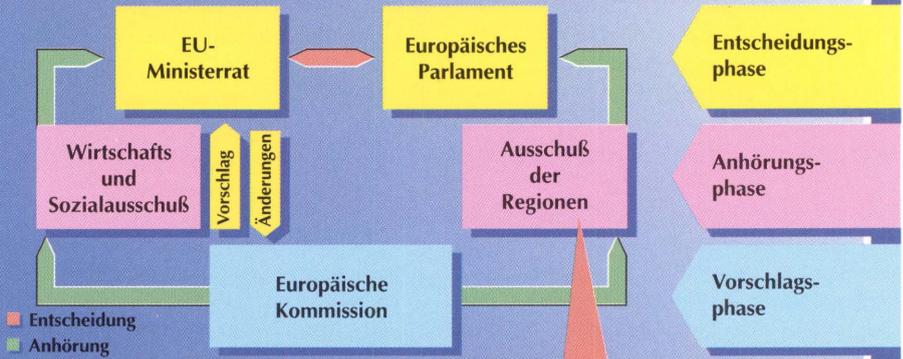


B/L
 DK
 GR
 E
 F
 IRL
 I
 NL
 P
 GB

Quelle: Statistisches Bundesamt und Statistische Landesämter, Stand 1992

Zahlen in Milliarden DM

Entscheidungsverfahren der Europäischen Union

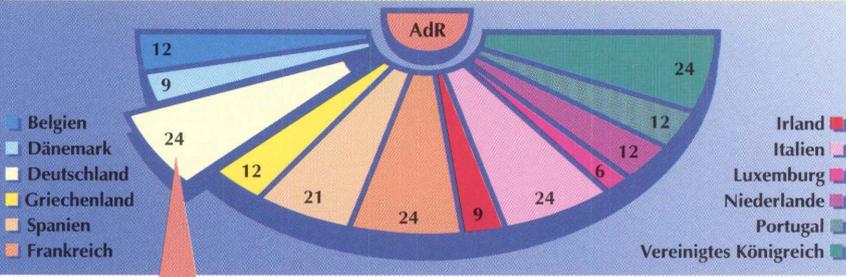


Ausschuß der Regionen (AdR)

Der Regionalausschuß muß in folgenden Fällen angehört werden:

- ★ Festlegung der Aufgaben, Ziele und allgemeinen Regelungen der Strukturfonds (Art. 130d),
- ★ Beschluß über spezifische Aktionen außerhalb des Fonds (Art. 130b Abs. 2),
- ★ Errichtung des Kohäsionsfonds (Art. 130d Abs. 2),

- ★ Durchführungsbeschlüsse des Regionalfonds (Art. 130e),
- ★ Festlegung der Leitlinien und Erlaß der übrigen Aktionen beim Aufbau/Ausbau der transeuropäischen Netze (Art. 129d Abs. 1),
- ★ Erlaß von Fördermaßnahmen im Gesundheitswesen (Art. 129 Abs. 4), im Kulturbereich (Art. 128 Abs. 5) und im Bereich der allgemeinen Bildung (Art. 126 Abs. 4).



Die deutschen Regionen entsenden 24 Vertreter in den AdR



Das Land Nordrhein-Westfalen benennt zwei Vertreter



Johannes Rau
Ministerpräsident
Nordrhein-Westfalen



Manfred Dammeyer
Landtagsabgeordneter
Nordrhein-Westfalen

dem zweiten Weltkrieg entstanden, die neuen Bundesländer sind erst wenige Jahre alt.

Die deutschen Bundesländer mit ihrer Eigenstaatlichkeit können ihre Interessen und Standpunkte oft deutlicher geltend machen als andere Regionen Europas, die eng an eine zentralstaatliche Verwaltung angebunden sind. Für den Begriff „Länder“ gibt es in den anderen Sprachen der Europäischen Union keine Übersetzung - schon das zeigt ihren Sonderstatus unter den Regionen Europas. Zentraler Ort, an dem Nordrhein-Westfalen seine europäischen Interessen einbringt, ist der Bundesrat. Die Länder verfügen über wichtige und in der Verfassung verankerte Beteiligungsrechte. Die Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Union bedarf der Zweidrittelmehrheit von Bundestag und Bundesrat, bei bestimmten EU-Ministerräten sitzen die Länder gleichberechtigt mit am Verhandlungstisch.

Nordrhein-Westfalen entscheidet mit

Die Regionen suchten seit langem auch den politischen Kontakt zu den EU-Institutionen. Die deutschen Länder machten dies deutlich, indem sie Europaministerien einrichteten und eigene Landesvertretungen in Brüssel eröffneten. An der Debatte um den Vertrag von Maastricht haben sich die Regionen intensiv beteiligt. Viele Forderungen der Länder sind in das Vertragswerk eingeflossen.

Trendwende zugunsten von Föderalismus und Dezentralisierung

Ganz sicher brachte der Vertrag über die Europäische Union (EUV) eine Trendwende zugunsten von Föderalismus und Dezentralisierung. Durch seine Ratifizierung haben die Länder längst verloren geglaubten Einfluß auf die EU-Gesetzgebung zurückgewonnen. Der Vertrag legt fest, daß

- ★ die Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden (Art. A EUV),
- ★ die nationale Identität der Mitgliedstaaten geachtet wird (Art. F EUV),
- ★ die Union nur innerhalb der Grenzen der ihr in dem Vertrag zugewiesenen Befugnisse und gesetzten Ziele tätig wird (Art. 3b EUV), und
- ★ die EU in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig werden darf, wenn die Aufgaben von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend erfüllt werden können (Art. 3b EUV).

Von großer Bedeutung für die Regionen ist, daß dieses Prinzip der „Subsidiarität“ in Maastricht zum europäischen Verfassungsgrundsatz erhoben wurde: Die Europäische Union soll grundsätzlich nur dann tätig werden, wenn das angestrebte Ziel nicht besser auf einer niedrigeren Verwaltungsebene erreicht werden kann.

Die Vertreter der deutschen Kommunen im AdR

- **Gerhard Gebauer**
Präsident der Deutschen Sektion des Rats der Gemeinden Europas
Oberbürgermeister Villingen-Schwenningen
- **Otto Neukum**
Landrat des Kreises Bamberg
- **Hans Eveslage**
Präsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes
Bürgermeister Barßel/Niedersachsen

Bruttoinlandsprodukt und Arbeitslosenquoten der Regionen

	Bruttoinlands- produkt	Arbeitslosen- quote		Bruttoinlands- produkt	Arbeitslosen- quote
Europäische Union	100	10,4	Irland	72	18,4
Belgien	108	8,8	Italien	106	11,2
Vlaams Gewest	109	6,6	Nord Ovest	122	8,6
Région Wallonne	87	12,0	Lombardia	139	4,5
Bruxelles - Brussel	171	11,3	Nord Est	122	4,9
Dänemark	111	10,6	Emilia-Romagna	132	4,7
BR Deutschland	106	7,0	Centro	110	7,9
Baden-			Lazio	121	11,0
Württemberg	130	4,1	Campania	73	22,8
Bayern	127	3,9	Abruzzi-Molise	91	13,1
Berlin	95	9,2	Sud	70	17,6
Brandenburg	36	12,0	Sicilia	70	23,1
Bremen	159	8,7	Sardegna	77	19,8
Hamburg	209	5,6	Luxemburg	131	2,4
Hessen	149	4,6	Niederlande	104	8,2
Mecklenburg-			Noord-Nederland	106	10,6
Vorpommern	33	14,1	Oost-Nederland	91	7,9
Niedersachsen	108	6,4	West-Nederland	111	7,9
Nordrhein-			Zuid-Nederland	100	8,0
Westfalen	115	6,6	Portugal	60	4,9
Rheinland-Pfalz	104	4,7	Continente	60	4,9
Saarland	112	7,4	Acores	-	4,6
Sachsen	33	11,5	Madeira	-	3,4
Sachsen-Anhalt	35	13,6	Großbritannien	98	10,3
Schleswig-Holstein	102	5,3	North	86	11,4
Thüringen	30	12,8	Yorkshire and		
Griechenland	49	7,7	Humberside	88	10,2
Voreia Ellada	46	6,3	East Midlands	94	9,0
Kentriki Ellada	48	7,2	East Anglia	99	8,4
Attiki	55	9,9	South East	117	10,5
Nisia Aigaiou, Kriti	44	4,8	South West	94	9,6
Spanien	80	21,3	West Midlands	89	10,9
Noroeste	66	17,8	North West	90	10,5
Noreste	92	18,6	Wales	83	9,7
Madrid	100	16,5	Scotland	94	10,1
Centro	65	21,0	Northern Ireland	74	15,0
Este	92	19,6			
Sur	64	29,7			
Canarias	79	26,7			
Frankreich	115	10,3			
Ile de France	172	8,9			
Bassin Parisien	105	10,5			
Nord -					
Pas-de-Calais	93	13,2			
Est	106	8,2			
Ouest	97	10,0			
Sud-Ouest	101	10,2			
Centre-Est	110	10,5			
Méditerranée	98	13,5			
Départements					
d'Outre-Mer	45	-			

Quelle: EUROSTAT

Die Zahlen für das Bruttoinlandsprodukt beziehen sich auf das Jahr 1991. EU-Durchschnitt: 100.

- Arbeitslosenquoten (in Prozent): Stand April 1993

- Arbeitslosenquote für Griechenland: Stand April 1992



Ministerpräsident Johannes Rau und Jacques Delors (links), Präsident der Europäischen Kommission

Ausschuß der Regionen

Durch die Einrichtung des „Ausschusses der Regionen“ schafft der „Vertrag über die Europäische Union“ neue Mitgestaltungsmöglichkeiten der Regionen auf europäischer Ebene. Der Ausschuß der Regionen berät den EU-Ministerrat und die Europäische Kommission in allen Fragen von regionalem Interesse. Er hat zwar nur beratende Funktion, beteiligt aber die Länder, Regionen und Kommunen unmittelbar am europäischen Meinungsbildungsprozeß. Mit der Einrichtung dieses Ausschusses vertreten die Bundesländer ihre Interessen also künftig nicht nur in Bonn, sondern auch in Brüssel.

Von den 24 deutschen Mitgliedern des Regionalausschusses werden 21 durch die Bundesländer und drei von der kommunalen Ebene benannt. Die fünf größten Bundesländer haben je zwei Sitze, die elf anderen je einen Sitz (für Nordrhein-Westfalen sind dies Ministerpräsident Johannes Rau und der Landtagsabgeordnete Manfred Dammeyer). Arbeitsfelder des Ausschusses sind Bildung und Kultur, Gesundheitswesen, transeuropäische Netze, die Aktionen zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts sowie die Strukturfonds.

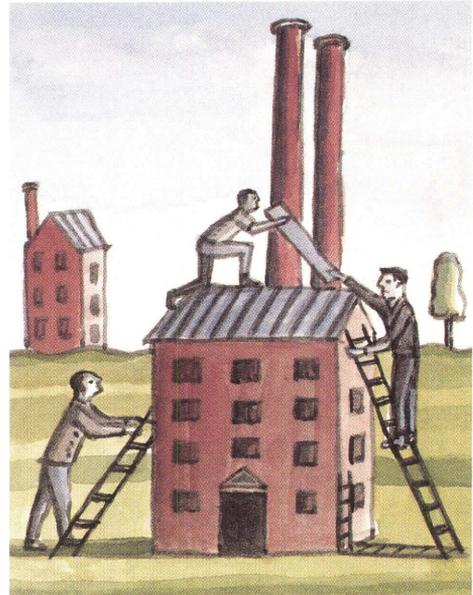
Die Abgeordneten Nordrhein-Westfalens im Europäischen Parlament

Für bürgernahes Handeln der EU sorgen auch die nordrhein-westfälischen Abgeordneten im Europäischen Parlament (EP). Manche EP-Mitglieder bekleiden zusätzliche Ämter in ihrem Wahlkreis, so daß auch neue Themen zügig ihren Weg nach Brüssel finden. Daß Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hessen, Saarland, Schleswig-Holstein, Sachsen, Thüringen und Brandenburg im Rahmen des Programms „Konver“ europäische Fördermittel für vom Truppenabzug betroffene Gebiete erhalten, ist Europaparlamentariern zu verdanken. Auch die Neuordnung der Strukturfonds trägt ihre Handschrift.



DIE EUROPÄISCHE UNION HILFT DEN REGIONEN

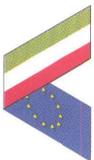
Auch Nordrhein-Westfalen erhält umfangreiche EU-Fördermittel



Die Wohlstandsschere klafft in Europa nach wie vor weit auseinander: Die reichsten Regionen wie Hamburg und Ile-de-France sind viermal so wohlhabend wie die wirtschaftsschwächsten Gebiete. Sie liegen in Griechenland, Spanien, Portugal, Irland und den neuen Bundesländern. Um die Annäherung der Lebensverhältnisse und damit den Zusammenhalt der Union zu fördern, gibt es innerhalb der EU ein umfangreiches System der Förderung benachteiligter Regionen. Daß eine ausgewogene Strukturpolitik für die europäische Einigung wichtig ist, hat der Vertrag über die Europäische Union erneut bestätigt. Er weist dem wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der europäischen Regionen einen hohen Stellenwert zu.

Die Strukturfonds der Europäischen Union

Deshalb hat die EU die „Strukturfonds“ eingerichtet: den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds (ESF) und den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung (EAGFL). Neu ist das Finanzinstrument für Ausrichtung



der Fischerei (FIAF), mit dem Maßnahmen zur Behebung struktureller Probleme in diesem Bereich finanziert werden. Die Strukturfonds haben mit einem Etat von 141,47 Milliarden ECU für den Zeitraum von 1994 bis 1999 einen Anteil von 30 Prozent am Haushalt der Europäischen Union. Mit Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht ist außerdem der Kohäsionsfonds für die Länder Griechenland, Spanien, Portugal und Irland mit einem Etat von 15,1 Milliarden ECU für den Zeitraum 1993 bis 1999 hinzugekommen.

Die Mittel der Strukturfonds werden nach klar festgelegten Spielregeln verteilt: Die Schwerpunktbereiche der Förderung werden in der Brüsseler Terminologie als „Ziele“ bezeichnet. Die insgesamt fünf Ziele werden in zwei Gruppen unterteilt. „Ziel 1“, „Ziel 2“ und „Ziel 5b“ sind direkt auf die Regionen zugeschnitten. „Ziel 3“, „Ziel 4“ und „Ziel 5a“ sind dagegen problem- oder zielgruppenbezogen.

ZIELE

„Ziel 1“

fördert die „Entwicklung und strukturelle Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand“ und steht im Mittelpunkt der EU-Strukturförderung. In Deutschland sind dies die neuen Bundesländer, die zwischen 1994 und 1999 aus Brüssel 13,64 Milliarden ECU erhalten.

„Ziel 2“

hilft Regionen, die von einer „rückläufigen industriellen Entwicklung schwer betroffen sind“. Von 1994 bis 1996 stehen für Deutschland 733 Millionen ECU bereit. In Nordrhein-Westfalen fallen unter diese Förderung Gebiete folgender Städte und Kreise: Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Ennepe-Ruhr-Kreis, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Heinsberg, Herne, Krefeld, Oberhausen, Recklinghausen, Unna, Warendorf, Wesel.

„Ziel 3“

konzentriert sich auf die „Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und Erleichterung der Eingliederung Jugendlicher und der vom Ausschluß aus dem Arbeitsmarkt bedrohten Personen in das Arbeitsleben“. Deutschland erhält 1,65 Milliarden ECU von 1994 bis 1999.

„Ziel 4“

unterstützt Maßnahmen, die „die Anpassung der Arbeitskräfte an die industriellen Wandlungsprozesse und Veränderungen der Produktionssysteme“ erleichtern. Für Deutschland stehen 291,3 Millionen ECU zwischen 1994 und 1999 bereit.

„Ziel 5a“

soll die „beschleunigte Anpassung der Agrarstrukturen einschließlich der Hilfe zur Modernisierung und Umstrukturierung der Fischerei“ fördern. Von 1994 bis 1999 stehen Deutschland dafür 1,13 Milliarden ECU zur Verfügung.

„Ziel 5b“

will die „Entwicklung und Struktur Anpassung“ der ländlichen Gebiete erleichtern. Von 1994 bis 1999 stehen für Deutschland 1,227 Milliarden ECU bereit. Unterstützt werden in Nordrhein-Westfalen Gebiete folgender Kreise: Aachen, Düren, Euskirchen, Höxter, Paderborn.



Bund- und Länderbeteiligung im Entscheidungsprozess der EU-Strukturförderung

Konzeption

Bund und Länder reichen ihren regionalen Entwicklungsplan bei der Europäischen Kommission ein. Darin sind Ziele und Maßnahmen der Strukturförderung festgelegt.

Die Europäische Kommission erstellt in Abstimmung mit Bund und Ländern das gemeinschaftliche Förderkonzept (GFK). Es ist die Basis für die operationellen Programme (OP).

Bund und Länder reichen ihre operationellen Programme bei der Europäischen Kommission ein.

Umsetzung

Die Kommission nimmt Vorschläge über die geplanten Projekte innerhalb der operationellen Programme an. Fördermittel stehen bereit über den:

- *Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)*
- *Europäischen Sozialfonds (ESF)*
- *Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds Abt. Ausrichtung (EAGFL)*
- *Finanzinstrument für Fischerei (FIAF)*

Wirtschafts-, Arbeits- und Landwirtschaftsministerien der Länder, des Bundes oder die Bundesanstalt für Arbeit entscheiden über zu fördernde Projekte im Rahmen der operationellen Programme.

Antragsteller (Unternehmen, Institutionen oder Einzelpersonen) wenden sich an das jeweilige Ministerium.



Regionale und kommunale Projektträger

Die Europäische Union kann mit diesem Ziel-Katalog flexibel auf Förderwünsche regionaler und kommunaler Projektträger reagieren. So haben in Nordrhein-Westfalen viele Jugendliche und Langzeitarbeitslose über solche Projekte einen Arbeitsplatz gefunden. Große Beträge aus der EU-Kasse erhält die Bundesanstalt für Arbeit (BfA), die den örtlichen Arbeitsämtern zur Finanzierung von Umschulungs- und Fortbildungskursen sowie von ABM-Stellen dienen. In den meisten Fällen ist den Kursteilnehmern und auch den Veranstaltern aber leider nicht bekannt, daß ihr Projekt von der Europäischen Union teilfinanziert wird.

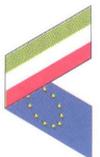
Die Vergabe der Strukturfondsmittel beruht auf folgenden Prinzipien:

- ★ Das Gebot der Subsidiarität fordert, daß die Verantwortung für die Umsetzung einer Aufgabe von einer möglichst bürgernahen Verwaltungsebene wahrgenommen wird. In der Bundesrepublik sind das in der Regel die Länder, in manchen Fällen auch der Bund, die Förderregionen und Projekte vorschlagen und Finanzierungspläne aufstellen.
- ★ Die gemeinsame Umsetzung wiederum bedeutet, daß alle Akteure auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene an der Vorbereitung und der Ausführung der Programme beteiligt sind.
- ★ Die Mitgliedstaaten müssen mindestens 25 Prozent Projektmittel selbst aufbringen. Durch dieses Prinzip der komplementären Finanzierung ist die Wirkung der EU-Maßnahmen weitaus größer, als die von der Union ausgewiesenen Zahlen. So werden die EU-Strukturhilfen zu einem wichtigen Katalysator für den wirtschaftlichen Fortschritt in Europa.
- ★ Die Vergabe muß den EU-Wettbewerbsregeln und den Anforderungen des Umweltschutzes entsprechen.

Gemeinschaftliches Förderkonzept

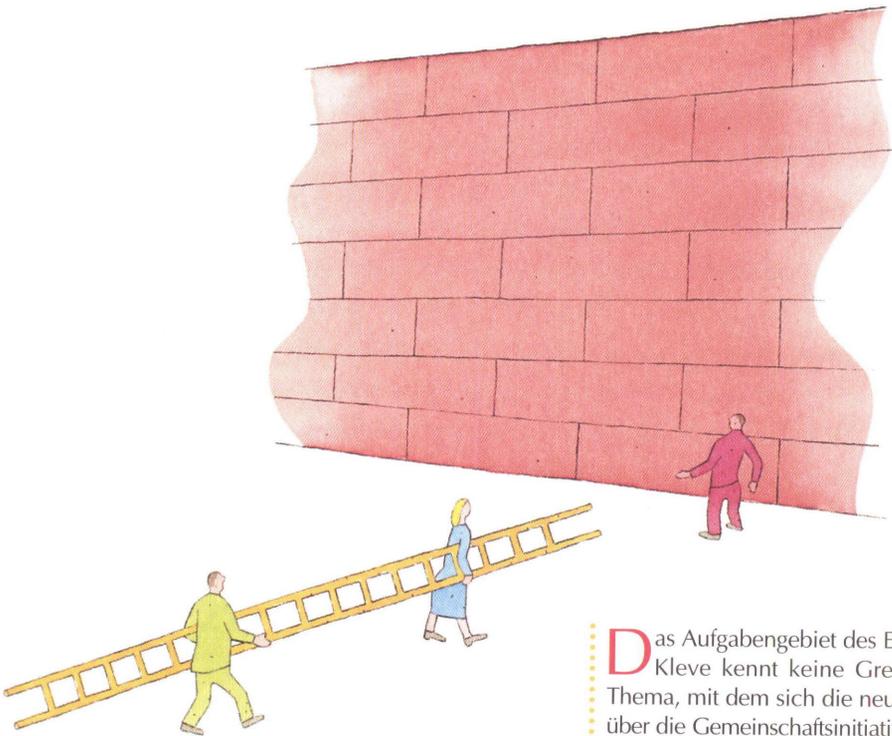
Die nordrhein-westfälische Landesregierung erarbeitet zusammen mit dem Bund und der Europäischen Union ein Gemeinschaftliches Förderkonzept (GFK), in dem festgelegt wird, welche Gebiete durch welche Aktionen gefördert werden und wie die Finanzierungspläne aussehen. Die regionalen und lokalen Partner übernehmen eigenverantwortlich die Abwicklung eines Projekts auf der Grundlage eines Operationellen Programms (OP). Darüber hinaus gibt es auf EU-Ebene Begleitausschüsse, in denen Vertreter der Bundesländer beratend den Organen der EU zur Seite stehen. Zusätzlich sind auf deutscher Ebene weitere Begleitausschüsse tätig.

In erster Linie bestimmen die Mitgliedstaaten die strukturpolitischen Schwerpunkte. Doch die EU kann auch eigene Initiativen vorschlagen. Für diese „Gemeinschaftsinitiativen“ stehen von 1994 bis 1999 rund 12,69 Milliarden ECU bereit.



ZUKUNFTSORIENTIERTE ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN

Die Europäische Union und
Nordrhein-Westfalen
handeln bei vielen
Projekten gemeinsam



Das Aufgabengebiet des Euregio-Hauses in Kleve kennt keine Grenzen. Kaum ein Thema, mit dem sich die neun Mitarbeiter der über die Gemeinschaftsinitiative INTERREG der Europäischen Union geförderte Relaisstelle für die Euregio Rhein-Waal nicht befassen: „Die Projekte, die wir betreuen, stammen aus den Bereichen Ökonomie und Ökologie, Sport, Kultur, Bildung, Arbeitsmarkt und Gesundheitsvorsorge“, zählt Geschäftsführer Helmut Kersten auf. Insgesamt 25 aktuelle INTERREG-Projekte hat er auf seiner Liste.

Dazu kommen umfangreiche Koordinierungsaufgaben für die kommunalen Verwaltungen auf deutscher und niederländischer Seite. Bebauungs- und Verkehrswegepläne hören



in einer Euregio nicht mehr unbedingt an einer Ländergrenze auf. Sie können grenzüberschreitend den Bedürfnissen angepaßt werden, die sich aus dem Wegfall der Binnengrenzen ergeben haben. Das ist Neuland für die Behörden. „Die freuen sich sehr über unsere Unterstützung“, sagt Helmut Kersten.

Natürlich auch die Menschen der Euregio, die sich als tägliche Grenzgänger im Nachbarland zurechtfinden wollen: Sie holen sich

Europäische Grenzgänger

Rat in Steuer- und Sozialversicherungsfragen, bei der Arbeitsuche oder auch bei grenzüberschreitenden Heiratsplänen. Binnenmarktalltag in Europa.

Insgesamt hat die Europäische Union im Rahmen ihres INTERREG-Programms 1992/93 rund 180 grenzüberschreitende Projekte in den vier Euregios des Landes (die EUREGIO, sowie die Euregios Rhein-Waal, Rhein-Maas-Nord und Maas-Rhein) mit einem Gesamtvolumen von rund 26 Millionen ECU gefördert. 53 Projekte dienten dem Aufbau von Netzwerken und dem Informationsaustausch. Weitere 30 waren im Bereich Erholung und Tourismus angesiedelt, danach folgen die Bereiche Verkehr/Infrastruktur (29), Umweltschutz (25), Schulung/Arbeitsmarkt (18), Innovation/Technologietransfer sowie Forschung und Projektmanagement (9). Nordrhein-Westfalen stellte etwa 6,5 Millionen ECU als Komplementärmittel bereit.

Grenzpartner sind die Regionen Zuid-Limburg (NL) und Limburg (B). Den Formen partnerschaftlicher Unternehmungen sind keine Grenzen gesteckt: So machten sich Jugendliche aus Nordrhein-Westfalen, Wallonien und Flandern daran, Campingplätze umweltgerechter zu gestalten.

97 Millionen ECU für Forschung und Entwicklung

Deutsche, britische und spanische Firmen sowie die Universitäten Heidelberg, Buckingham (GB) und Leuven (B) tüfteln neue Software aus, mit deren Hilfe parallel laufende Rechnerprozessoren optimal koordiniert werden. Bei BASF werden durch solche Programme die Abläufe einer Produktionsstraße, an der zigttausend Prozessoren beteiligt sind, optimiert, um dadurch den Energieaufwand zu reduzieren oder auch Transportkosten zu sparen. Die Aachener Firma Parsytec, die das Forschungs- und Technologieförderangebot der EU konsequent nutzt, sieht ein breites Anwendungsfeld für die Entwicklung, die nicht zuletzt wegen der Vorteile aus der Zusammenarbeit im europäischen Verbund, der Marktreife ein gutes Stück näher gerückt ist. Mit dieser neuen Technologie könnte zukünftig die Logistik transeuropäischer Eisenbahnnetze optimiert werden.

Grenzüberschreitende Kooperationen

In Bochum verhalf das SPRINT-Programm der Firma Isykon zum Sprung auf die britische Insel, wo sie mit der Firma Three Space in Cambridge auf ihrem gemeinsamen Arbeitsgebiet CAD/CAM Erfahrungen austauschen. In einem Bundesland wie Nordrhein-Westfalen, das für sich genommen die zehntgrößte Exportnation der Welt ist, haben Kooperationen im Ausland eine bedeutende Rolle: EU-weit arbeiten 389 Partnerorganisationen mit Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen zusammen. Ihre 681 Projekte sind zwischen 1987 und 1992 mit 97 Millionen ECU von der Europäischen Union unterstützt worden.



Bau des Thermalbads in Bad Driburg.

Die meisten Mittel erhielten Hochschulen (268 EU-geförderte Projekte) und Forschungsinstitute (174), der Rest verteilt sich auf die Großindustrie (141) und mittelständische Unternehmen (98).

Das Programm AIM beschäftigt sich mit dem Computereinsatz in der Medizin. In Nordrhein-Westfalen wurde ein Pilotprojekt mit dem Ziel gestartet, medizinische Daten und Röntgenbilder über EDV zu erfassen und digital zu archivieren. Das spart zum einen Platz im Archiv, zum anderen sind die Informationen viel rascher verfügbar und weltweit abrufbar.

Bildungs- und Austauschprogramme

Eine wichtige Rolle spielt das Land als Partner des LINGUA-Programms zur Förderung des Fremdsprachenlernens und -lehrens. 20 von bundesweit 73 Projekten laufen in diesem Bundesland. Ausgestattet mit über 100 000 ECU arbeiten in Nordrhein-Westfalen 17 LINGUA-Partner und drei Co-Koordinatoren. Über LINGUA finanziert die EU die Ausbildung von Fremdsprachenlehrern, Seminare, europaweite Informationsnetzwerke und das Lernen von Fremdsprachen in kleinen und mittleren Unternehmen.

Über die Aktion Jean Monnet unterstützt die Gemeinschaft Hochschulinitiativen, mit denen das Angebot an Lehrveranstaltungen zum Thema europäische Integration erweitert werden soll. Universitäten in Aachen, Bielefeld, Bochum, Bonn, Dortmund, Essen, Köln, Münster und Siegen haben von 1990 bis 1992 insgesamt 628 500 ECU für elf Projekte erhalten.

Kredite der Europäischen Investitionsbank

Das Land Nordrhein-Westfalen erhielt von der Europäischen Investitionsbank 1990 knapp 25 Millionen ECU für die Verbesserung ihres Straßennetzes. Mit einem EIB-Kredit von 16 Millionen ECU konnten die Stadtwerke Düsseldorf die Entstickungsanlagen in den Kohlekraftwerken Voerde und Herne nachrüsten. Die Ruhr Oel GmbH erhielt 1991 rund 13,5 Millionen ECU für die Modernisierung ihrer Raffinerieanlagen. Die Städte Köln und Aachen verbesserten 1992 mit EIB-Darlehen (65 Millionen und 40 Millionen ECU) ihre Kanalisations- und Kläranlagen.

RECHAR

Die Beihilfen der Union, die für Regionen mit strukturbedingten Wirtschaftsproblemen gedacht sind, werden ergänzt durch Mittel aus dem RECHAR-Programm. Dieses Programm hilft Regionen, in denen der Bergbau unrentabel geworden ist. Die brachliegenden Flächen werden für die Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe umgewandelt, so daß Ersatzarbeitsplätze entstehen können. Vom Regionalfonds profitiert insbesondere der Landkreis Höxter: Mit elf Millionen ECU wurde der Bau einer Recyclinganlage gefördert, um den Abfall aus der Region in der Region entsorgen zu können und nicht auf den Mülltourismus angewiesen zu sein. Ein weiteres Beispiel ist das Thermalbad Bad Driburg. Die EU unterstützte den Bau mit 10,6 Millionen ECU.



Neue Chancen für die Regionen: Mit 10,6 Millionen ECU unterstützte die EU den Bau des Thermalbads in Bad Driburg.



Beihilfen für die Landwirtschaft

Von 1991 bis 1993 finanzierte die EU 25 Vorhaben zur Verbesserung der Verarbeitung und des Vertriebs landwirtschaftlicher Produkte. Zwischen 1990 und 1992 standen für diese Zwecke 8,3 Millionen ECU zur Verfügung. Zusätzlich modernisierten etwa 240 Landwirte mit EU-Geldern ihre Betriebe, 180 Jungbauern nahmen EU-mitfinanzierte Weiterbildungsangebote in Anspruch. 10 500 Betriebe in klimatisch oder geographisch ungünstigen Lagen erhielten direkte Einkommensbeihilfen.

Die EU beteiligte sich finanziell am Bau eines Großmarktes für Obst und Gemüse in Grevenbroich. Mit diesem Umschlagplatz verkürzen sich für viele die Anlieferwege und der Vertrieb der lokalen Erzeugnisse kann beschleunigt werden.

*EU fördert den Vertrieb
landwirtschaftlicher Produkte.*

